



Wer ist Österreich?

+ 3,6 + 3,3 + 3,4 + 0,8 + 1,0 + 1,4 + 2,4 + 1,9. Diese Zahlen sind das inflationsbereinigte Wirtschaftswachstum in Österreich 1998 - 2005. Das Land ist um ein erkleckliches Stück, fast um ein Fünftel reicher geworden. Die Kaufkraft aller hätte um diesen Betrag steigen können. Bloß: Vor kurzem meldete der Rechnungshof, dass die durchschnittlichen Einkommen der Unselbständigen im gleichen Zeitraum um zwei Prozent gesunken sind. Die untersten zehn Prozent verloren 16% ihrer Kaufkraft. Während das Land reicher wird, werden viele ärmer.

Der Verzicht der einen kommt anderen zugute. Wöchentlich erfahren wir von neuen Rekordgewinnen unserer „Champions“. Geht's der Wirtschaft gut, geht's allen gut, wird eilig behauptet. „Österreich ist Osterweiterungsgewinner“, heißt es unisono von Meinungsbildnern und Wirtschaftsforschern. Bloß: Wer ist dieses Österreich, wenn die Mehrheit ärmer oder zumindest von den Zuwächsen ausgeschlossen wird? Lässt sich eine Volkswirtschaft auf seine Börsengesellschaften und Ost-Investoren reduzieren? Sind nicht 99 Prozent aller Unternehmen klein oder winzig und haben nicht zwei Drittel der Wirtschaft nicht einmal indirekt etwas mit Export und Globalisierung zu tun?

Die Wirtschaftspolitik wird gegenwärtig immer mehr auf Standortpolitik reduziert, dadurch werden Lohnsenkungen bei den Schwachen und Steuersenkungen für die Starken zum Programm. Das lässt die Zahl der Millionäre wachsen, aber es schadet der Mehrheit der Menschen im Standort.

Das Wifo hat nachgewiesen, dass das Wachstum der Binnennachfrage doppelt so viele Arbeitsplätze schafft wie ein gleich hohes Wachstum des Exports. Die wichtigsten Voraussetzungen für das Wachstum der Binnennachfrage sind aber steigende Löhne und kräftige öffentliche Investitionen: genau das Gegenteil der „Standortpolitik“. Die seit Jahren lahme Binnennachfrage und die daraus resultierende Arbeitslosigkeit sind hausgemacht, die Verwechslung der Volkswirtschaft mit einem „Standort“ ist ein Versagen der Wirtschaftspolitik – oder ihre Instrumentalisierung zugunsten einer Minderheit.

Um diesen explosiven Trend umzukehren, müsste sich die Wirtschaftspolitik einerseits stärker die Regional- und Binnenwirtschaft fokussieren. Erste Schritte könnten eine breite Infrastruktur-Offensive sein (öffentlicher Verkehr, Bildung, Pflege-, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen) sowie ökologische Kostenwahrheit zur Verkürzung der Transportwege und Stärkung der Regionen. Zweitens müsste die EU durch koordinierte Lohn-, Sozial- und Steuerpolitik den Standortwettbewerb entschärfen. Wer einen Binnenmarkt baut, muss sich gleichzeitig überlegen, wie die daraus resultierenden Gewinne allen zugute kommen, entweder über private Investitionen in Arbeitsplätze oder über Steuern in öffentliche Investitionen. Der Aufbau von Millionärsklassen und armutsgefährdeten Unterschichten gefährdet den „Standort“ Österreich und die Zukunft der EU.

Erschienen am 27. Februar 2007 im „Kurier“.